

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 20. Oktober 2007

118. Jahrgang Nr. 31.637

Menschen wie du und ich Kandidaten zeigen sich vor den Wahlen volksnah



Engagiert im Wahlkampf: Roberto Lavagna versucht sich im Billard spielen, Alberto Rodríguez Saá besucht Ureinwohner und Cristina Kirchner lässt sich mit „Fans“ fotografieren (von links nach rechts).

Buenos Aires (AT/cal) – Endspurt. Die einen verschenken frisch geschlachtete Hühner, andere versprechen, Autos zu verlosen, und wiederum andere spielen Billard mit Jugendlichen. In rund einer Woche werden Senatoren, Abgeordnete, Bürgermeister, Gouverneure und das neue Staatsoberhaupt von Argentinien gewählt. In den letzten Tagen vor dem Wahlsonntag zeigen sich die Kandidaten von ihrer besten Seite, großzügig und volksnah – sie sind auf Stimmenfang. Allerdings dürfen sie dieser Tätigkeit nur bis kommenden Donnerstag nachgehen. Dann ist bis zum Sonntag, am 28. Oktober, Schluss mit Wahlkampagnen. So schreibt es das Gesetz vor.

Die 14 Kandidaten für das Amt des Präsidenten konzentrieren sich in den letzten Tagen vor allem auf die Hauptstadt und den

Großraum Buenos Aires. Also auf jene Gebiete, in denen die meisten Wähler leben. Die beliebtesten Themen für den Wahlkampf sind die Bekämpfung der zunehmenden Unsicherheit im öffentlichen Raum (siehe Artikel unten) und der steigenden Inflation. Themen wie Bildung sind zweitrangig.

First Lady und Präsidentschaftskandidatin Cristina Kirchner wird sich unter anderem mit dem allseits bekannten und beliebten Fernsehmoderator Marcelo Tinelli in einer Sendung zeigen: sehr wirkungsvoll vor den Wahlen. Ansonsten gibt die Regierung – genau genommen Ehemann und Noch-Präsident Néstor Kirchner – fast täglich Neuerungen bekannt, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. So zwang er beispielsweise die Banken, Kredite zu tieferen Zinsen zu verlei-

hen. Auch im Lebensmittelsektor bewirkte er eine Senkung der Preise. Und diese Woche – pünktlich zur Wahl – kündigte Volkswagen (VW) in Anwesenheit des Präsidentenpaares Investitionen von 223 Millionen Euro für die Produktion eines neuen Pick Up in Argentinien an. Dies wird rund 2000 neue Arbeitsplätze bringen. Den Umfragen zufolge hat die First Lady, die die Wirtschaftspolitik ihres Mannes fortsetzen will, ohnehin nichts zu befürchten: Mit rund 45 Prozent soll sie bereits im ersten Wahlgang siegen.

Ihre ärgste Gegnerin, die immer etwas rebellisch auftretende Elisa Carrió, zeigt sich ebenfalls vermehrt im Fernsehen. Sie sei bereit zu regieren, sagt die blondierte Sozialdemokratin und Anti-Kirchner-Bekennerin, die gerne mal von der Botox-Cristina spricht. Carrió liegt derzeit bei

knapp 20 Prozent der Stimmen.

Eines haben alle Präsidentschaftskandidaten gemeinsam: In den letzten Tagen zeigen sie sich besonders sozial und menschenfreundlich. So spielt etwa der frühere Wirtschaftsminister Roberto Lavagna am Feierabend Billard mit jungen Menschen, obwohl er sich selbst nicht gerade als geselligen Menschen beschreibt. Lavagna, der gegen Abtreibung und Sterbehilfe ist, wird nach den Umfragen mit rund 11 Prozent den dritten Platz erzielen. Alberto Rodríguez Saá hingegen lässt sich derweil Arm in Arm mit einem Toba ablichten, einem Ureinwohner der nördlichen Provinz Chaco. Und Ricardo López Murphy will während der nächsten Tage durch die Straßen der Metropole Buenos Aires spazieren – man wundere sich also nicht, wenn man hier und dort auf ihn trifft.

Drei Minderjährige pro Stunde

Die Zahl der Festnahmen von Kindern und Jugendlichen steigt an

Buenos Aires (AT/cal) – Sie begehen Verbrechen, überwiegend Überfälle. Viele von ihnen sind bewaffnet. Doch: Sie können nicht bestraft werden. Die Rede ist von minderjährigen Straftätern. In diesem Jahr sind in der Provinz Buenos Aires bis Ende August rund 18.000 Kinder und Jugendliche festgenommen worden. Das sind 74 Krimelle unter 16 Jahren pro Tag, drei pro Stunde. Dies geht aus einer Statistik des Sicherheitsministeriums der Provinz Buenos Aires hervor. Sicherheitsminister León Arslanián bezeichnet dieses Phänomen als einer der schlimmsten gesellschaftlichen Missstände, gegen den die Regierung anzukämpfen habe. Die Zahl der von Minderjährigen ausgeführten Verbrechen sei in den letzten Jahren angestiegen. Im Juli 2006 seien beispielsweise zwölf Kinder wegen Mordes festgenommen worden, im selben Monat dieses Jahres 21.

80 Prozent der Festgenommenen werden von Gesetzes wegen wie-

der freigelassen, weil sie unter 16 Jahre alt sind – egal wie schlimm das Vergehen ist. Das gilt auch bei Mord. Dies sei wahrscheinlich auch der Grund, wieso bei Raubüberfällen oft Minderjährige die Waffe in der Hand halten, wie Polizisten und Richtern aufgefallen ist. „Sie werden dazu von den Volljährigen missbraucht“, sagt eine Haftrichterin.

Lediglich rund 500 junge Menschen müssen zurzeit ihre Verbrechen in staatliche Anstalten büßen. „Davon befinden sich rund 160 in Halbfreiheit“, so Arslanián. Der Sicherheitsminister zählt einige der Gründe auf, wieso Jugendliche auf die schiefe Bahn kommen: „Sie sind nicht selten aus dem Bildungssystem ausgeschlossen, haben keine Arbeit und keine Perspektiven.“ Natürlich trage der vermehrte Konsum von Drogen bei den jungen Menschen dazu bei, dass mehr Verbrechen verübt würden.

Der Ruf nach härteren Strafen und Senkung des Alters für Straffreiheit wird lauter.

Die steigende Zahl der Delikte zeigt sich aber nicht nur im Bericht über Minderjährige. Insgesamt wurden dieses Jahr bereits 850 Morde in der Provinz Buenos Aires begangen – davon etwa 230 bei Raub-

überfällen. Weiter wurden 580 mit Ware beladene Lastwagen von den sogenannten Piraten des Asphalt geklaut und drei Personen entführt – um nur einige Delikte zu nennen. Die Unsicherheit ist bei den Menschen in der Provinz die größte Angst – und im Wahlkampf das Hauptthema der Kandidaten.

Eine kurze Fahrt gefällig?

Neue U-Bahn-Strecke H in Buenos Aires eingeweiht

Buenos Aires (AT/cal) – Endlich war es soweit – nachdem es einige Male verschoben worden war: Erstmals nach 63 Jahren ist am Donnerstag in der Stadt Buenos Aires eine neue U-Bahn-Linie eingeweiht worden. Voller Stolz eröffneten Stadtregierungschef Jorge Telerman und Staatssekretär für Transport Ricardo Jaime die Haltestelle Caseros im südlichen Stadtviertel Parque Patricios. Danach nahm die U-Bahn H (subte H) ihren Betrieb auf.

Aber die Freude ob der neuen Strecke währte vorerst nur kurz. Nach ein paar Fahrten flatterte eine richterliche Anordnung in die unterirdischen Gänge der Subte: Der Betrieb musste für eineinhalb Stunden unterbrochen werden, wie die Tageszeitung La Nación berichtete. Was war passiert?

Der frühere Chef der staatlichen Firma Untergrundbahnen von Buenos Aires (SBASE), Alejandro Franco, hatte im Vorfeld der Inbetriebnahme eine Klage



Gratis fahren bis Sonntag:
Bei Caseros steigen erste Fahrgäste in die U-Bahn ein.

eingereicht. Die Wagenabteile, die auf der neuen Strecke eingesetzt würden, seien zu alt und nicht in dem Zustand, den die gesetzlichen Normen vorschrieben. „Diese U-Bahn-Wagen sind bereits 300.000 Kilometer gefahren“, sagte Franco. Auch andere Fachleute äußern

Zweifel an deren Sicherheit. Der Staatssekretär für Transport Ricardo Jaime hingegen versicherte, man habe die nötigen Kontrollen unternommen, es bestehe keine Gefahr.

Die Stadtregierung dementiert, dass das kurzzeitige Ausfallen der

Subte H etwas mit der Anzeige von Franco zu tun habe. Es existiere kein richterlicher Beschluss. Beim zuständigen Gericht wollte man auf Anfrage nicht Stellung beziehen. Der Kläger Franco aber konnte der Zeitung La Nación eine Kopie der richterlichen Anordnung vorlegen. Darin ist unter anderem festgehalten, dass noch einige technische Kontrollen durchgeführt werden müssten.

Wie auch immer: Die U-Bahn H fährt wieder. Allerdings sind vorerst nur die Hälfte der Wagen vom Richter zugelassen. Bis und mit Sonntag gilt freie Fahrt für alle. Das Staatssekretariat für Transport rechnet künftig mit 35.000 Fahrgästen pro Tag. Vorerst besteht die Linie lediglich aus fünf Haltestellen – vom Stadtviertel Parque Patricios bis ins Once. Beidseitig wird sie aber bereits weiter ausgebaut. In rund eineinhalb Jahren soll man schon bis Avenida Corrientes fahren können.

WOCHENÜBERSICHT

Peronistische Dissidenten ohne Partei-Insignien

Die Dissidenten der Justizialistischen Partei (PJ) dürfen die PJ-Insignien bei den kommenden Wahlen am 28. Oktober nicht verwenden. First Lady und Präsidentschaftskandidatin Cristina Kirchner von der Allianz Frente para la Victoria hingegen kann sie weiterhin unter anderem auf ihren Wahlzetteln benutzen. Dies hat der neue für diesen Fall zuständige Bundesrichter Ariel Lijo angeordnet, und damit den Entscheid der vorgängigen Richterin María Servini de Cubría bestätigt. Servini de Cubría hatte den von den PJ-Dissidenten einberufenen Parteikongress vom Juli als nichtig erklärt. Die Dissidenten akzeptierten das Urteil nicht, die Richterin sei voreingenommen.

Dreifacher Polizistenmord erschüttert Regierung

Unbekannte Täter haben drei Polizisten, die eine abgelegene Funkstation in der Provinz Buenos Aires ausserhalb der Stadt La Plata bewachten, am frühen Mor-

gen mit Kopfschüssen umgebracht. Das Verbrechen dürfte Wasser auf die Mühlen der konservativen Opposition sein, die ein schärferes Vorgehen der Polizei gegen Gewaltkriminalität fordert. Präsident Néstor Kirchner sagte kurz nach der Bekanntgabe der Morde bewegt, das könne kein Zufall sein nur wenige Tage vor den Wahlen.

Hillary Clinton will Beziehungen vertiefen

Gute Aussichten für Argentinien, falls die Ehefrau des früheren US-Präsidenten Bill Clinton tatsächlich neues Staatsoberhaupt der USA werden sollte: Hillary Clinton, Präsidentschaftskandidatin für die Wahlen im Jahr 2008, hat diese Woche angekündigt, „die Beziehung zu Argentinien unter anderem auf wirtschaftlicher Ebene zu vertiefen“. Ihrer Auffassung nach habe sich Bush nicht ausreichend um die „Nachbarn im Süden“ gekümmert. Dabei bezog sie sich vor allem auf die Länder Brasilien, Mexiko, Chile und Argentinien.

Córdoba hat endlich einen Gouverneur

Nach fast 50 Tagen Auszählung ist endlich bekannt, wer der neu gewählte Gouverneur der Provinz Córdoba ist: Juan Schiaretti. Der derzeitige Vizegouverneur und Anhänger von Präsident Néstor Kirchner erzielte rund 17.800 Stimmen mehr als sein Gegner Luis Juez, Bürgermeister der Stadt Córdoba. Es handelt sich etwa um dieselbe Differenz, wie sie bereits nach dem Wahlsonntag bekannt gegeben worden war. Am 2. September kam es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Schiaretti

ti und Juez. Erster siegte nach der provisorischen Auszählung lediglich um 1,1 Prozent der Stimmen. Juez sprach von Wahlbetrug. Darauf wurden einige Urnen wieder geöffnet.

Dinosaurier aus Argentinien ausgegraben

Es sei eines der drei größten Saurier-Fossilien, die je auf der Welt gefunden worden seien, sagte ein Paläontologe nach dem spektakulären Fund der Überreste eines riesigen Dinosauriers in Rio de Janeiro in Brasilien. Ursprünglich lebte die Urechse vor 88 Mil-



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

lionen Jahren in Patagonien. Zu Ehren der Ureinwohner im Süden Argentiniens, der Mapuche, wurde der etwa 32 bis 34 Meter lange Saurier Futalognkosaurus getauft. Das bedeutet in Anlehnung an die Sprache der Mapuche so etwas wie „der gigantische Chef der Saurier“.

Geld abheben soll sicherer werden

Bankschalter mit mindestens zwei Meter hohen Wänden, besser kontrollierte Geldautomaten, modernisierte Geldtransporter und Kameras außerhalb der Bank, die die Geschehnisse in der Umgebung der Bank in einem bestimmten Radius aufzeichnen. Dies sind nur einige der Sicherheitsmaßnahmen, die alle Banken in Argentinien in der nächsten Zeit umsetzen müssen, wie Innenminister Aníbal Fernández am Freitag der vergangenen Woche mitteilte. Dadurch sollen Überfälle auf Geldtransporter, Banken und Bankkunden vermindert werden.

Der erste ESMA-Prozess hat begonnen

Dem 66-jährigen Hafenzwischen Héctor Febres werden vier Entführungen und vier Fälle von

Folter während der letzten Militärdiktatur (1976-83) angelastet. Rund 50 Zeugen sollen in zwei Monaten gegen ihn aussagen. Der Prozess, der am Mittwoch begonnen hat, ist der erste gegen einen mutmaßlichen Verbrecher der berühmten Mechanikerschule der Marine (ESMA). Die ESMA war eines der größten Geheimgefängnisse der Militärdiktatur.

Telefon von Sicherheitsminister abgehört

Der staatliche Geheimdienst (SIDE) soll mindestens 100 Telefone von Politikern der Provinz und der Stadt Buenos Aires abgehört haben. Darunter auch jenes des Sicherheitsministers der Provinz, León Arslanián. Der SIDE darf aber nur mit einem juristischen Beschluss Telefonlinien anzapfen. Aufgeflogen ist die Abhöraktion, weil letzten März ein Staatsanwalt in einer anderen Angelegenheit die Anordnung gab, eine Telefonzentrale von Telecom in der Provinz Buenos Aires zu durchsuchen. Dabei stießen die Ermittler auf das Abhörsystem, das bis zu 4000 Linien anzupfen vermag. Jetzt wird sich das Bundesgericht damit befassen müssen. (AT/cal/dpa)

Randglossen

Nach dem überraschenden Beschluss Präsident Kirchners, auf eine Wiederwahl zu verzichten, die die Verfassungs-Novelle von 1994 zulässt, mutmaßt man in politischen Kreisen, welcher Tätigkeit sich der eifrige und aktive Staatschef ab kommendem 10. Dezember widmen wird. Ein Parlamentsmandat hat Kirchner ausgeschlossen. Für die Justizialistische Partei, die angeblich demnächst mit Internwahlen für den Parteitag normalisiert werden soll, interessiert er sich auch nicht. An Bewerbern für den Parteivorstand fehlt es sicherlich nicht. Als waschechter Politiker will sich Kirchner freilich nicht zur Ruhe setzen, etwa den Garten in Olivos pflegen, Bücher lesen oder Kreuzwörterrätsel lösen. Politik ist offenbar Kirchners Berufung, der er treu bleiben wird.

Eine künftige Kirchner-Regierung ohne Néstor als Träger der Macht, der neben seiner Gattin Cristina tätig ist, erweckt den Verdacht, dass der Prinzege mit Internwahlen weiterhin mitmischen wird. Bisher hat das Ehepaar Kirchner manche politische Entscheidung gemeinsam diskutiert und beschlossen, wobei der Präsident das letzte Wort hatte. Künftig fällt diese Rolle seiner Gattin zu, sofern sie, wie erwartet, gewählt wird. Aber der Expräsident wird sicherlich an den Entscheidungen mitwirken, nicht aber an den Tagesgeschäften eines Regierungschefs, der Dekrete und Gesetzesvorlagen unterschreibt, Beamte ernennt, neue Auslandsbotschafter empfängt (was Kirchner als Präsident geflissentlich unterliess) und die Beziehungen zur Öffentlichkeit pflegt. Die echte politische Macht entzieht sich zuweilen der Formalität, die ihr in der Verfassung vorgeschrieben ist.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Auf Volldampf

In den letzten Wochen vor den Wahlen am 28. Oktober hat die Regierung Volldampf gegeben. Als Inhaber der Exekutive hat Präsident Kirchner mehrere Massnahmen erlassen, denen deutlicher Wahlhilfcharakter anhaftet. Die in der obwaltenden Inflation zunehmenden Preise der wichtigsten Konsumgüter sollen um angebliche fünf Prozent abnehmen, wofür sich der Präsident höchstpersönlich und sein umstrittener Handlanger im Sekretariat für Binnenhandel, Guillermo Moreno, in Verhandlungen mit Verbandsvertretern der Supermärkte und der von Chinesen und Koreanern geführten über 30.000 Selbstbedienungsgeschäften eingesetzt hat. Da hinter den Verkaufsläden die Lieferanten auch die Preise anheben, gelingen solche Bemühungen zur Preissenkung nur halbwegs und kurzfristig. Nach den Wahlen wird die Inflation das freilich anders behandeln.

Auch die Banken mussten herhalten. Sie sollen die Zinssätze senken, die für Konsumenten, richtig kalkuliert, deutliche Wucherzinsen sind. Den Banken fällt es freilich schwer, die Zinssätze für Kredite zu senken, während sie die Sätze für Festgelder anheben müssen, damit ihnen ihre Kunden nicht davon laufen und Dollars horten, wie es in den letzten Wochen geschah. Auch in diesem Bereich kommt es darauf an, Wahlpropaganda zu betreiben, die nach dem Wahllakt verpuffen wird. Im Inflationsumfeld zudem zusätzliches Geld der Notenbank in Umlauf zu setzen, ist ein klarer Unsinn, soll aber angeblich Stimmen von Unentschiedenen zugunsten der Regierungskandidatin Cristina Kirchner abzwängen.

Inzwischen hat Präsident Kirchner überrascht festgestellt, dass die Konsumenten selber mit dem Boykott, teure Tomaten zu kaufen, schneller und mehr erreichten, um die Preise zu senken, als die Regierungseingriffe in die Konsummärkte. Nicht nur jedem gelernten Volkswirt ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Käufe nachlassen, wenn die Preise zunehmen, und umgekehrt.

Jede Einweihung ist für Kirchner und Gattin ein günstiger Anlass, um Wahlpropaganda zu betreiben, zuletzt die Ankündigung des VW-Vorsitzenden Viktor Klima, dass die führende deutsche Kfz-Firma hier ein neues Modell mit einer Investition von einer Milliarde Pesos bauen wird. Der Anlass wurde gebührend gefeiert und ausgestrahlt. Andere Einweihungen beruhen auf Subventionen der Staatskasse, die inzwischen Gestalt angenommen haben. Sozialwohnungen und allerlei Infrastrukturvorhaben werden eingeweiht und sorgen für flammende Wahlen des Präsidenten zugunsten seiner Gattin, die dabei zuschaut.

Die Feindbilder, die Kirchner benötigt, um seine Reden zu halten, sind immer dieselben. Neuerdings musste der Internationale Währungsfonds wieder herhalten, dessen scheidender Generaldirektor Rodrigo Rato die argentinische Inflation als gefährlich einstufte. Diese Gefahr ist keineswegs international, sondern nur auf Argentinien bezogen. Kirchner liess seinen Wirtschaftsminister Miguel Peirano antworten, der sachliche Argumente vermied und dem Fonds unterstellte, sich als Gendarm Argentiniens zu gebärden. Unterdessen blüht die Inflation munter weiter.

Die Oppositionskandidaten, deren es sicherlich zu viele gibt, genießen die Privilegien der Regierung freilich nicht, mit Staatsgeldern Wahlpropaganda zu betreiben. Sie beschränken sich auf die Kritik wegen Inflation, Energieknappheit, persönliche Unsicherheit sowie Korruption und tragen ihre Projekte vor. Carrió, Lavagna, López Murphy und Rodríguez Saá streiten sich untereinander über den zweiten Platz am 28. Oktober, der nur für die Stichwahl relevant ist, sofern Cristina Kirchner unter 40 Prozent der Stimmen fällt. Bisherige Umfragen verneinen diese Hypothese, wiewohl in mehreren Provinzwahlen die Umfragen über die Wählerabsichten denkbar falsch gelegen hatten. Auf dieser Erfahrung fussen die Hoffnungen der Oppositionskandidaten, dank zweitem Platz an der Stichwahl teilnehmen zu dürfen.

Nach dem jüngsten Höhepunkt der Wahlpropaganda auf Volldampf dürfte die kommende letzte Woche fühlbar abflauen. Am Donnerstag ist formell Schluss mit Wahlfeldzügen und am Sonntag schreiten die Wähler/innen zu den Urnen. Ab 21 Uhr dieses Tages wird man erfahren, wer gesiegt und wer verloren hat.

ZUM TAG DER VERSICHERUNG

Argentinien hat ein effizientes Versicherungssystem

Von Juan Alemann

Argentinien verfügt gegenwärtig über ein recht gut funktionierendes Versicherungssystem, das sich von der tiefen Krise erholt hat, die der Zusammenbruch des staatlichen Rückversicherungsmonopols in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts verursacht hat. Das staatliche Rückversicherungsunternehmen INDeR brach unter der Alfonsín-Regierung zusammen, weil die Leitung des Staatsunternehmens nicht begriffen hatte, was der Übergang von der Militärregierung auf eine demokratische für das Versicherungswesen bedeutet hatte. In den ersten Jahren der Militärregierung wurden um die 2.500 Kfz pro Jahr gestohlen, und 1983 waren es 4.000; aber 1984 sprang die Zahl auf 40.000 und danach auf etwa 100.000 pro Jahr.

Ebenfalls wurden 1984 gewerkschaftshörige Anwälte zu Arbeitsrichtern ernannt, so dass die Entschädigungen bei Arbeitsunfällen und –krankheiten ausufernten. All dies belastete die Rückversicherung, wobei das INDeR erst viel später erkannte, was geschehen war, und mit den Tarifen weit zurückblieb. Das war eine direkte Folge des Monopols; denn hätte es damals Konkurrenz auf diesem Gebiet gegeben, so hätten private Rückversicherer die INDeR-Beamten und die Wirtschaftsführung rechtzeitig auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht. Ein Projekt, um privaten Unternehmen zu erlauben, auf dem Gebiet der Rückversicherung tätig zu sein, wurde 1977 nach einer intensiven Lobbytätigkeit von dubiosen Versicherungsanstalten von der Regierung abgelehnt.

Im Jahr 1987 hatten die Verluste des INDeR das gesamte Kapital aufgebraucht, so dass das Institut gemäss Handelsgesetzbuch hätte liquidiert werden müssen. Statt dessen zeichnete das Schatzamt das notwendige Kapital, jedoch mit der Klausel, dass dies nur geschehen werde, wenn Überschüsse vorhanden seien. Damals bestanden jedoch hohe Defizite; das Dekret, um die INDeR-Liquidierung zu vermeiden, war einfach unseriös. Das INDeR geriet zunehmend in Zahlungsunfähigkeit, was sich auch auf die Versicherungsgesellschaften übertrug, von denen mehrere Konkurs melden mussten. Manche Gesellschaften begannen

dann, keine Rückversicherungsverträge mehr abzuschliessen, mit dem Argument, dass das Handelsgesetzbuch den Direktoren verbietet, Geschäfte zu machen, die das Bestehen des Unternehmens gefährden. 1989, unter der Menem-Regierung, wurde dann bestimmt, als salomonische Lösung, dass die Versicherungsanstalten 60% ihrer Rückversicherungen privat unterbringen durften. Dadurch wurde die Lage des INDeR noch kritischer, da die Gesellschaften und Genossenschaften dabei die qualitativ schlechteren Teile der Rückversicherungsmasse an das INDeR übertrugen, womit das Geschäft für dieses noch schlechter wurde.

Schliesslich wurde 1991 die effektive Liquidierung des INDeR verfügt, die jedoch bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Einige Versicherungsanstalten haben ihre Forderungen gegenüber dem INDeR kassiert, andere sehr spät oder gar nicht. Das hat neuen Versicherungsgesellschaften, vor allem ausländischen (die früher hier nur sehr beschränkt tätig sein konnten) erlaubt, stark in den Markt einzudringen, da sie nicht durch Schulden des INDeR belastet waren. Erst gegen Ende 1999 war die Liquidierung im Prinzip fertig; aber Wirtschaftsminister Roque Fernandez hat das Verfahren aus reiner Schlamperei nicht beendet, und sein Nachfolger unter De la Rúa, José Luis Machinea, hat den Fall dann von Null auf neu aufgerollt, so dass die effektive Liquidierung bis heute nicht vollzogen wurde. Inzwischen verfügt das INDeR über zwei wertvolle Immobilien im Stadtzentrum, die schon lange hätten verkauft werden sollen, und erhält eine Belegschaft, die nicht notwendig ist. Es handelt sich um eine Vergeudung öffentlicher Gelder, die inzwischen in die Millionen Dollar geht.

Das Versicherungssystem ist jedoch voll auf private Rückversicherung übergegangen, was seriöse Versicherungsanstalten begünstigt hat, da der unlautere Wettbewerb von Versicherungsgesellschaften und –genossenschaften aufgehört hat, der nur dank Bestehen des INDeR möglich war. Das ist ein grosser Fortschritt.

Der zweite Fortschritt besteht in der von Cavallo Anfang der 90er Jahre verfügten Freigabe der bisher staatlich regulierten Tarife. Da-

durch werden Tarife gegen Unfallverhütungsmassnahmen der Versicherten ausgehandelt, womit das Versicherungssystem zu einer Verringerung der Unfälle beiträgt, wie es im gesamtwirtschaftlichen Interesse steht. Bei Brandversicherung z.B. wird der Tarif wesentlich gesenkt, wenn in einer Fabrik überall Feuerlöschgeräte eingerichtet werden und die Möglichkeiten eines Brandes durch allerlei Vorbeugungsmassnahmen verhindert werden. Das war vorher nicht so.

Doch der grösste Fortschritt trat bei der Versicherung von Arbeitsunfällen und –krankheiten ein. Die Lage war dank der gewerkschaftlichen Arbeitsrichter derart unhaltbar geworden, dass die Versicherungsgesellschaften auf diese Versicherungen verzichteten, womit die Unternehmen direkt dem Risiko ausgesetzt waren. Unternehmen mit einer grossen Belegschaft konnten das Problem durch Selbstversicherung lösen; aber bei Kleinunternehmen führte dies in vielen Fällen zur Liquidierung.

1994 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das den Fall befriedigend gelöst hat, mit genauen Bestimmungen, durch die die Entscheidungsfreiheit der Richter stark eingengt wurde. Doch vor einigen Jahren hat der neue Oberste Gerichtshof (unter politischem Druck) bestimmt, dass bei Unfällen die Klage vor der Justiz zulässig ist, die im Gesetz ausdrücklich verboten war. Das Problem wird seit Jahren hinausgeschoben, obwohl die Lösung einfach ist: der Arbeitnehmer soll wählen, ob er sich für die im Gesetz vorgesehene Entschädigung oder für den Prozessweg entscheidet, wobei eine Alternative die andere ausschliesst. Die meisten Arbeitnehmer würden dabei die im Gesetz vorgesehene Entschädigung vorziehen, die sofort gezahlt wird und eine integrale Lösung darstellt. Dagegen sträuben sich die Arbeitsanwälte (zu denen auch Arbeitsminister Tomada gehörte), weil sie dabei ihr persönliches Geschäft verlieren. Die Regierung tut nichts, um diese Lösung voranzutreiben. Somit besteht für die spezialisierten Versicherungsgesellschaften ("Aseguradoras de Riesgos de Trabajo", ART) ein hohes Risiko, das höhere Versicherungsprämien notwendig macht.

Bei Kfz-Versicherungen wird beanstandet, dass sie zu teuer sind. Das ist eine direkte Folge der anormal hohen Zahl der Diebstähle und auch der ebenfalls anormalen Unfallhäufigkeit. Was die Diebstähle betrifft, so fehlt eine politische Entscheidung, die sich auf die

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Kontrolle der Werkstätten bezieht, in denen die gestohlenen Automobile auseinander genommen werden. Abgesehen davon muss ein entschiedener Einsatz der Polizei bestehen, mit entsprechender politischer Rückendeckung, was gegenwärtig nicht der Fall ist. Demokratie sollte nicht mit Verbrecher-schutz verwechselt werden. Die Unfälle, vor allem die tödlichen (der grösste Teil davon durch frontalen Zusammenstoss) können stark verringert werden, wenn die wichtigsten Überlandstrassen in echte Autobahnen umgewandelt werden. Abgesehen davon sollte die Alkoholkontrolle der Fahrer intensiviert werden. Werden die beiden genannten Probleme gelöst, auch nur zum Teil, dann sinken automatisch die Tarife.

Es bestehen gewiss noch weitere Probleme, die u.a. die komplizierten und kostspieligen Prozesse betreffen, die noch einer Lösung harren. Die Versicherungsgesellschaften täten gut, wenn sie der Regierung konkrete Vorschläge unterbreiten und eine intensive Lobbytätigkeit dafür durchführen würden. Denn von den Beamten ist nichts zu erwarten. Und von den Politikern noch weniger.

PERSONALNACHRICHTEN

Geburtstage

Herbert Bauer, 80.; Sieglinde Sille, 90, am 21.10.

Todesfälle

Susanna Barbara Dorothee Moncayo geb. von Hase, am 12.10.; Elisabeth Behrendt geb. Wedeking, 92, am 13.10.; Ana Martha Gächter geb. Temperli, 91, am 15.10.; Edi Heber, 84, am 16.10. und Inés Meyer Ecke de Friedrichs, am 16.10.

AUSFLÜGE UND REISEN

Ein vergessener Flecken in Córdoba

Die Gegend ist einmalig schön, nahezu unbekannt - und jungfräulich. Selbst für die Cordobeser ist diese Ecke der Sierras Grandes westlich der Provinzhauptstadt ein weißer Flecken.

Es ist nämlich so, dass die Pampa de Pocho früher von der Nationalstraße 20 durchquert wurde. Doch im Lauf der Zeit verlagerte sich der Langstreckenverkehr auf die Ruta 38, die weiter nördlich verläuft, und die Gegend verfiel in einen Dornröschenschlaf.

Gut so, denn nun bleibt alles weiter unberührt wie einst. Der seltene Besucher fährt an erloschenen Vulkankegeln vorbei, durch liebeliche Palmenhaine, kreuzt Bergbäche und gelangt schließlich, wenn er von Osten kommt, an einen gewaltigen Berghang, der ungefähr 750 Meter steil abfällt.

Von hier aus - jeder Vorüberkommende hält unvermittelt und ungewollt an - sieht man über eine schier endlose Ebene über Hunderte von Kilometer hinweg, direkt in die historischen Llanos von La Rioja, wo einst die Caudillos ihr Unwesen trieben.

Dieses entlegene Gebirgseck kennt man unter dem Namen Los Túneles. Als nämlich die Straße zwischen Tanninga und Chepes angelegt wurde, musste man mehrere Röhren in den Fels schlagen, um das Hochplateau mit der Ebene zu verbinden. Insgesamt fünf Tunnel wurden angelegt, der längste immerhin 180 Meter lang, durch die man sukzessive an Höhe gewinnt oder verliert, je nachdem, in welche Richtung man fährt.

Doch wenige befahren die Strecke; die Gegend liegt einfach zu sehr abseits. Dabei gibt es so viel zu schauen!

Die Palmenwälder sind fast zu jeder Jahreszeit eine wahre Pracht. Man fährt von Tanninga Richtung Westen und kommt beim Weiler Las Palmas an einer Kapelle aus dem Jahr 1689 vorbei, die von den Jesuiten errichtet wurde und heute noch bestens erhalten ist.

Von hier führt die Straße nun schon leicht bergab und windet sich in immer engeren Kehren der eigentlichen Passstraße entgegen. Wer das erste Mal die Strecke befährt, wird an den verschiedenen Miradores, den Aussichtspunkten, halten, um den Blick in die Ferne schweifen zu lassen. Besonders eindrucksvoll ist ein sehr hoher Wasserfall, Saltos Blancos, der in mehreren Stufen Hunderte von Meter in die Tiefe stürzt.



Tunnel an der Cuesta de Chancaní.

Dann trifft man auf den ersten Tunnel, dem bald vier weitere folgen. Dann wiederum wird das Terrain so knapp, dass die Straßenbauer eine Schleife einbauen mussten, um das Gefälle zu meistern.

Zu linker Hand, unten, sieht man das Dörflein Chancaní, das der Passstraße seinen Namen geliehen hat: Cuesta de Chancaní. Hier wurde ein etwa 5000 Hektar großes Naturreservat angelegt, um den Bosque Chaqueño und den Bosque Serano, die hier aufeinandertreffen, zu schützen.

Wer Richtung Westen weiterfährt, kommt schließlich nach Chepes im Süden der Llanos von La Rioja. Doch das interessiert die wenigsten. Das Sehenswerte sind die Tunnel, die Cuesta de Chancaní und die Pampa de Pocho, wo man in einem abgelegenen Restaurant auch einkehren kann.

Marlú

WM-Star Habana beendet Argentinien's Titelträume

'Pumas' verpassen Finaleinzug gegen Südafrika / Trost: 3. Platz

Paris – Ein furioser Auftaktsieg gegen Gastgeber Frankreich, erstmals im Halbfinale einer Rugby-Weltmeisterschaft, Begeisterung im ganzen Land, die sogar den sonst omnipräsenten Fußball zum Statistendasein verdonnerte. So manchem Spieler des argentinischen Rugby-Teams dürfte die WM in Frankreich bislang wie ein nicht endender Traum vorgekommen sein. Um so härter war die Landung, als Favorit Südafrika die 'Pumas' am vergangenen Sonntag unsanft von Wolke Sieben holte. Im ersten WM-Halbfinale überhaupt für Argentinien verpaßte die Mannschaft den Einzug ins Endspiel, nach 80 Minuten standen 37:13 Punkte für die 'Springböcke' auf der Anzeigetafel des Stade de France. Südafrika will nun Titelverteidiger England stürzen, der sich mit einem 14:9-Erfolg gegen Frankreich für das Finale am Samstag qualifizierte. Argentinien beendete das Turnier trotz der Niederlage vom Sonntag mit dem besten Ergebnis der Verbandsgeschichte: Im kleinen Finale gegen Frankreich gewann das Team am Freitag mit 34:10 und krönte die Leistungen der letzten Wochen mit dem dritten Platz.

Schon früh deutete sich an, dass die 'Pumas' ihren Siegeszug der letzten Begegnungen nicht würden fortsetzen können. Zwar dominierten sie in der ersten Halbzeit und hatten in den meisten Statistiken die Nase vorn, doch zwei grobe Schnitzer der Hintermannschaft in der Anfangsphase genügten den abgeklärten Südafrikanern, um zur Pause mit 24:6 davon zu ziehen. Insbesondere Superstar Bryan Habana, der vor wenigen Monaten nur knapp den ungewöhnlichen Wettlauf gegen einen Geparden verlor, stellte die argentinische Abwehr immer wieder vor unlösbare Probleme. Setzte er zum Sprint an, schien es, als bewegen sich die Defensiv-Kolosse in Zeitlupe – Abwehrspieler Lucas Borges konnte Habana immer wieder nur ungläubig hinterher sehen.

"So einen hätte wohl jeder gern in seiner Mannschaft", lobte Coach Jake White seinen Starspieler, dem während dieser WM bereits acht Versuche gelungen sind. Unfreiwillig hat Habanas Erfolg auch politische Relevanz: Wegen seiner dunklen Hautfarbe ist er die Symbolfigur für Politiker, die darauf beharren, es müsse mehr schwarze und farbige Spieler in der Mannschaft geben. Auch dreizehn Jahre nach Ende der Apartheid besteht sie zu 80% aus Angehörigen der weißen Minderheit.

Trotz der deutlichen Niederlage gegen Südafrika – die 'Pumas' verschwanden nur wenige Augenblicke auf ihre Enttäuschung und konzentrierten sich ganz auf die Neuaufgabe der Eröffnungspartie im kleinen Finale und bereiteten Trainer Marcelo Loffreda einen Abschied nach Maß. Dieser wechselt zu Leicester nach England - nun hat er den dritten WM-Platz im Gepäck.

Antarktis-Ansprüche

Buenos Aires (AT/cal) – Und wieder eine Nachricht aus Großbritannien, die Argentinien nicht besonders erfreut: Die Regierung in London will bei den Vereinten Nationen (UNO) territoriale Ansprüche auf den Meeresboden in der Antarktis geltend machen. Dabei handelt es sich um eine Fläche von rund einer Million Quadratmetern. Heikel an der Sache: Chile und Argentinien haben dort ebenfalls Hoheitsansprüche geäußert. Die Gebiete der beiden südamerikanischen Ländern überschneiden sich zum Teil. London aber will von Anfang an mehr und will gleich die Gebiete von Chile und Argentinien zusammen für sich beanspruchen.

Nach dem Antarktisvertrag von 1959 gehört die Antarktis niemandem. Mehrere Länder haben aber Hoheitsansprüche geäußert. Darunter zählen unter anderem Argentinien, Chile, Großbritannien, Norwegen und Australien. Im Vertrag ist festgehalten, dass der Meeresboden nicht ausgebeutet werden darf. In der Antarktis ist lediglich Forschung erlaubt. London will sich diese Territorium wahrscheinlich für die Zukunft sichern.

Bereits Ende September verkündete die britische Regierung, dass sie ihr Hoheitsgebiet um die Malwinen-Inseln (Falkland-Inseln) ausweiten wolle – gegen Osten. Argentinien war empört. Bis 2009 müssen alle Anträge bei der UNO eingereicht werden.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,19. Die Rofex Terminkurse betragen zum 29.2. \$ 3,200, 31.3. \$ 3,211, 30.4. \$ 3,222, 31.5. \$ 3,234, 30.6. \$ 3,250, 31.7. \$ 3,267, 31.8. \$ 3,287, 30.9. \$ 3,294 und 31.10. \$ 3,3320.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1% auf 2.270,41, der Burcapindex um 2% auf 8.390,06 und **der Börsenindex um 2% auf 126.470,31.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 4,3% auf \$ 2,917.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 5.10.07 US\$ 42,70 Mrd., der Baknotenumlauf \$ 66,6 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 42,89 Mrd. bzw. \$ 64,75 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 43,02 Mrd. bzw. \$ 65,56 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 28,17 Mrd., bzw. \$ 52,32 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs betrug am 5.10.07 151,94%.

Plnungsminister Julio de Vido erklärte Ende der Vorwoche, dass die 2 neuen Wärmekraftwerke (die Siemens errichtet) im März in Betrieb genommen werden und mit 1.000 MW zusätzlich zur Stromversorgung beitragen werden, so dass die erwartete Rekordnachfrage befriedigt werden kann. Private Experten sind der Meinung, dass bis März bestenfalls eines der Kraftwerke fertig sein wird, und nur ohne kombinierten Zyklus. Doch im März wird De Vido voraussichtlich nicht mehr Minister sein.

7 Konsortien haben technische und wirtschaftliche Angebote bei der Ausschreibung eingereicht, die sich auf die Errichtung einer Hochspannungsleitung von 1.200 km mit 500 kV und weiteren 900 km mit 132 kV bezieht, die von San Juancito (Jujuy) über El Bracho (Tucumán), Monte Quemado (Santiago del Estero) und Resistencia, bis Formosa führt. Die Kosten wurden auf \$ 2,21 Mrd. veranschlagt, von denen \$ 1,8 Mrd. die Interamerikanische Entwicklungsbank, und der Nationalstaat \$ 457 Mio. beitragen werden. Es handelt sich um die spanische Cymi mit der argentinischen Chediak, die brasilianischen Alusa Engenharia und Scharing Engenharia zusammen mit dem argentinischen Konzern Linsa (Cartellone und IECSA), die spanischen Isolux und Corsan mit der lokalen Intesar, und die spanischen Cobra, Teyma Abengoa und Elecnor.

Industrias Metalúrgicas Pescarmona (IMPESA) hat Obligationen für u\$ 225 Mio. zu 11,25% mit Verfall 2014 untergebracht. Die Wertapiere

werden zu 99,011% untergebracht, so dass die effektive Rentabilität auf 11,5% steigt. Die Zinsen werden halbjährlich gezahlt, und die Amortisation erfolgt in 4 gleichen Jahresraten ab 2011.

Der Präsident der chinesischen GSI, Zhou Yejin, erklärte in Catamarca, dass seine Firma hohe Investitionen in dieser Provinz vorhabe, die in Beziehung zum Eisenbahnprojekt über den Pass San Francisco stehen. Es ist nicht klar, ob es sich um Investitionen oder Lieferungen von Kapitalgütern mit Finanzierung handelt.

Zanella hat u\$ 2 Mio. investiert, um die seit 10 Jahren geschlossene Motorradfabrik in Cruz del Eje, Córdoba, wieder in Betrieb zu nehmen. 100 Motorräder wurden schon montiert. Das Unternehmen hat einen Investitionsplan von US\$ 12 Mio. in 5 Jahren.

Der Konzern, der den Hafen von Bahía Blanca verwaltet, teilt mit, dass im März 08 das neue Mehrzweckdock in Betrieb genommen wird, das eine Investition von u\$ 11 Mio. erforderte. Die Plattform für Warenverladungen ist 280 Meter lang und 40 Meter breit.

Das Wasserkraftwerk Yacaré hat im 3. Quartal 07 3.476 MW erzeugt, 12% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Damit erreicht der Anteil an der landesweit mit Wasserkraftwerken erzeugten Stromlieferung 41,7%, gegen 24,7% in der gleichen Periode 06. Allerdings war dieses Jahr die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke in Neuquén und Rio Negro wegen des anormal geringen Wasserstandes sehr niedrig. Dieses Jahr hatte hingegen der Paraná-Fluss 1.000 cbm pro Sekunde mehr Wasser als im Vorjahr, was dennoch unter dem historischen Durchschnitt lag.

Die Firma „Berries de Argentina“, die zum Sidus-Konzern gehört, hat in San Luis eine Anlage in Betrieb genommen, um Blaubeeren („arándanos“) zu verpacken, die eine Investition von \$ 15 Mio. darstellt. Das Unternehmen hat 80 ha mit Blaubeeren bepflanzt, wobei in etwa 10 Tagen die erste Ernte beginnt. Der Export von Blaubeeren, vor allem nach den USA, steigt explosiv.

Die Consulting-Firma abebeb hat ermittelt, dass der Nationalstaat den Provinzen 08 gemäss Haushaltsvorschlag \$ 161,49 Mrd. überweisen wird, 15,9% mehr als 07. 82% der Mittel sind für laufende Ausgaben bestimmt, davon \$ 57,83 Mrd. für soziale Sicherheit und \$ 40,21 Mrd. für andere laufende Ausgaben. Die verbleibenden 11,8% entfallen auf die Finanzierung öffentlicher Investitionen (\$ 9,69 Mrd.) und finanzielle Anlagen

Leser schreiben

Gedenken an einen deutschen Pionier

Posadas, Prov. Misiones

Dr. Roberto Suntheim, gebürtig in Aying (Bayern) am 24.8.1897, nahm am 1. Weltkrieg teil. Bei der Schlacht bei Verdun verlor er ein Bein durch eine Granate, wurde interniert in einem Hospital im Elsass (Frankreich) und von der Krankenschwester Lina Lier gepflegt, die später seine Frau wurde. In Colonia Liebig (Prov. Co-rrientes) hatte man seinerzeit die deutsche Kolonie Karlsruhe gegründet, wo er einen Freund hatte. Dies begeisterte ihn und so beschloss er 1925, mit seiner Frau nach Argentinien auszuwandern. Dort widmete er sich seinem Beruf und behandelte alle Kranken; auch unbemittelte. Und nicht nur in Colonia Liebig: So besuchte er - auch zu Pferd, trotz seiner Beinprothese - weit entfernte Kolonisten, wie auch Kranke auf entlegenen Estancias, in einem Umkreis von rund 100 km die Ortschaften San José, Cerro Azul, Garruchos, sowie Virasoro und Sto. Tomás (Prov. Corrientes). Das war vor rund 80 Jahren, wo es nur rote Erdwege gab und noch keine asphaltierte Ruta 14 nach Buenos Aires und Posadas, und nur die Zugverbindung bestand. So war er auch manchmal tage- und wochenlang unterwegs wegen Krankheitsfällen, Geburtshilfen und schlechtem Wetter, während seine Familie alleine zu Hause blieb. Wegen der schlechten Verbindungen und dem Zeitverlust, die Medikamente zu erhalten, sah er sich genötigt, eine kleine Apotheke zu halten, die seine Frau verwaltete.

(\$1,22 Mrd.). Am höchsten wird die Zunahme der Ausgaben 2008 in San Luis und Corrientes sein, mit durchschnittlich 28,8%.

Die Consulting-Firma abebeb hat ermittelt, dass im Budget 08 \$ 1,39 Mrd. für Subventionen an arbeitslose Familienoberhäupter vorgesehen sind, was 28,5% weniger als 07 darstellt. Das ist zum Teil eine Folge der höheren Beschäftigung, zum Teil aber auch auf den Übergang auf das Ausbildungsprogramm zurückzuführen, für das die Provinzen 08 \$ 1,74 Mrd. erhalten sollen.

Der Bundesrichter von Concepción del Uruguay, Provinz Entre Rios, Guillermo Quadrini, hat einen Antrag der Firma G. Gil S.A. stattgegeben und den Export von Holz nach Spanien zugelassen. Die Provinz hat auf Initiative von Gouverneur Jorge Busti ein Gesetz erlassen,

Schließlich zog er 1943 mit seinen Frau und den drei Kindern in die Ortschaft San José. Dort richtete er seine Arztpraxis ein für seine Patienten, doch besuchte er auch weiterhin Kranke in den entlegenen Ortschaften. Er verstarb am 7.9.1962 im Alter von 65 Jahren.

Jetzt, nach 45 Jahren, erhielt durch ein Dekret das dortige Hospital den Namen Suntheim, in Anerkennung seiner humanitären Verdienste. Damit wurde auch der Wunsch seiner drei Kinder Ingeborg (verstorben), Ilse Therese und Dietmar (auch Arzt wie sein Vater) erfüllt, war er doch der Gründer dieses Hospitals. Zu diesem Festakt kamen hohe Persönlichkeiten aus Misiones und Corrientes, sowie die Bürgermeister und Publikum aus den umliegenden Ortschaften, sowie auch der deutsche Konsul Dr. Rolando Kessler. Letzte Woche hatten wir nun den jährlichen und traditionellen Festakt in Posadas auf der Plazoleta Alemana, zum Gedenken des Mauerfalls und der deutschen Wiedervereinigung. Und bei dieser Gelegenheit wurde auch Dr. Suntheim gedacht, wobei der Bürgermeister von Colonia Liebig, Dr. Eugenio Gonzalez, in seiner Ansprache die Verdienste dieses Pioniers erwähnte und würdigte. Anschließend wurde dann am dortigen Denkmal eine Erinnerungsplakette für ihn enthüllt, mit der Anwesenheit von Ilse und Dr. Dietmar Suntheim, Dr. Kessler, Dr. Gonzalez, sowie Juan Schultze (Vorsitzender des Deutschen Vereins), der dann die Anwesenden zu einem Imbiss im gegenüberliegenden Vereinsgebäude einlud.

Francisco Appel

durch das Holzlieferungen an Käufer ausserhalb der Provinz verboten sind, es sei denn, das Holz wird vorher in der Provinz verarbeitet. Das ist jedoch verfassungswidrig, worüber kein Zweifel besteht. Dennoch will Busti Berufung gegen das Urteil einbringen. Entre Rios gehört mit Corrientes und Misiones zu den Provinzen mit dem höchsten Forstbestand, wobei jedoch die Sägewerke u.a. Industriebetriebe, die Holz verarbeiten, bei weitem nicht ausreichen, um die provinzielle Holzproduktion aufzunehmen. Für die Forstwirtschaft der Provinz wäre es besonders wichtig, auch an Botnia, in Uruguay, liefern zu können, wie es in Corrientes der Fall ist. Die Haltung von Gouverneur Busti schädigt die Provinz.

Das Notariatskollegium von Buenos Aires Stadt gab bekannt, dass in den ersten 8 Monaten 06 43.844 Immobiliengeschäfte abgeschlossen

Weniger direkte Auslandsinvestitionen

Ein Bericht der Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (auf englisch UNCTAD) weist darauf hin, dass ganz Lateinamerika, einschliesslich Mittelamerika und die Karibik im Jahr 2006 Auslandsinvestitionen in Höhe von u\$ 70 Mrd. erhielt, also fast gleich viel wie 2005. Dennoch gab es bedeutende Unterschiede in der Verteilung dieser Investitionen. Folgende Staaten erhielten mehr als im Vorjahr: Brasilien: 25%, Chile: 14%; Ekuador: 27%; Paraguay: 33%; Peru: 34%; Uruguay 62%. Hingegen erhielten folgende Staaten weniger: Kolumbien: 39% weniger; Argentinien: 4%. Auch Venezuela erhielt weniger. Eine geringe Abnahme der Investitionen in México wurde durch Zunahmen in Costa Rica und der Dominikanischen Republik ausgeglichen.

Diese Investitionen bestanden zum grössten Teil aus der Investition von Gewinnen, die in den einzelnen Ländern erzielt wurden. In diesem Fall werden die Mittel jedoch weitgehend für Arbeitskapital aufgewendet, besonders in Ländern wie Argentinien, wo der Bankkredit knapp ist, und auch Auslandskredite wegen des Landesrisikos beschränkt sind. Die Investitionen, auf die sich der UNCTAD-Bericht bezieht, schliessen den Kauf bestehender Unternehmen ein, der im Fall Argentiniens sehr bedeutend ist. Leider unterscheidet die UNCTAD-Statistik (so weit sie bekannt ist) jedoch nicht zwischen echten Investitionen in Erweiterung der Produktionskapazität, Erhöhung des Arbeitskapitals und Unternehmenskäufen.

Bei Brasilien betragen 2006 die Investitionen von Unternehmen dieses Landes in anderen insgesamt u\$ 28 Mrd., davon u\$ 17 Mrd. für den Kauf des kanadischen Nickelproduzenten Inco Ltd. durch die Companhia Vale do Rio Doce (CVRD), der grösste Eisenerzproduzent der Welt. Hinzu kommen dann noch verschiedene Käufe argentinischer Unternehmen. Brasilien erhält somit auf der einen Seite hohe Auslandsinvestitionen, ist jedoch gleichzeitig ein bedeutender Investor in anderen Ländern.

Während Brasilien und Mexiko Auslandsinvestitionen von je u\$ 19 Mrd. erhalten haben, Chile von u\$ 6,3 Mrd und Kolumbien von u\$ 6,3 Mrd., hat Argentinien nur u\$ 4,8 Mrd. bekommen, und Peru u\$ 3,5 Mrd. Wenn man in Argentinien die Unternehmenskäufe abzieht, verbleibt ein viel geringerer Betrag.

Bei Auslandsinvestitionen für Kapazitätserweiterung in Argentinien handelt es sich an erster Stelle um solche in bestehenden multinationalen Unternehmen, die einmal mit dem technologischen Fortschritt Schritt halten, und dann eine stark erhöhte Nachfrage befriedigen wollen. Ferner wird viel im Bergbau investiert, der bei den explosiv gestiegenen Metallpreisen sehr attraktiv geworden ist. Schliesslich wird auch viel in neuen Hotels investiert, was mit der in den letzten Jahren stark gestiegenen Zahl der Auslandstouristen zusammenhängt.

wurden, im gleichen Zeitraum 07, 44.921. Die entsprechenden Beträge waren im Zeitraum 06 \$ 7,27 Mrd., 07 9,69 Mrd., um 33% mehr. Als Gründe werden angegeben, dass die Immobilienpreise in den Vergleichszeiträumen um 20% zugenommen haben und dass AFIP-Massnahmen zur Kontrolle der Immobilienwerte erfolgreich gewesen sind. Im August, dem letzten vom Notariatskollegium bestätigten Monat, wurden 06 Immobilien für \$ 941 Mio. verkauft, 07 für \$ 1,66 Mrd., um 76% mehr. Die Grundbucheintragen waren in den beiden Vergleichsmonaten 06 5.583 und 07 6.400.

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums betragen direkte Auslandsinvestitionen im letzten Jahr nur 9,7% der Bruttoinlandsinvestitionen und knapp 2,3% des BIP. Die zum 1. Quartal 07 aktualisierten Beträge ergeben, dass sich die Bruttoin-

vestition mit rd. 23% des BIP stabilisiert hat. Das sei doppelt soviel wie während der Krise 02. Der Anteil der Auslandsinvestitionen war dem der Konvertibilitätszeit ähnlich. Es wurde nur ein Spitzenwert von 8% verzeichnet, als 1999 YPF an Repsol verkauft wurde.

Anderthalb Jahre nach der Ausschreibung für die zusätzliche Stromversorgung der Atlantikküste, wurde diese von der Provinzregierung von Buenos Aires als ohne Interessenten abgebuht, nachdem der letzte Interessent, die chinesische MCC, zurückgetreten ist. Obwohl in den nächsten Tagen eine neue Ausschreibung erfolgen soll, lässt die Verzögerung Zweifel über die rechtzeitig genügende Stromversorgung des Gebietes von Santa Teresita bis Necochea aufkommen. Im August 06 hatte die Provinzregierung die Ausschreibung

für Stromgeneratoren in Mar del Plata und Villa Gesell angekündigt, die für das Gebiet zusätzliche 280 MW liefern würden.

Erste Schätzungen der Getreidebörse von Buenos Aires über die Sojabohnenaussaat erwarten eine Zunahme der Saattiefe um 4,3% auf 16,8 Mio. ha. Die zusätzlichen 700.000 ha seien auf die Ausdehnung der Aussaat auf bisher nicht Sojagebiete im Norden des Landes zurückzuführen.

Die zahlreichen guten Golfplätze, über die Argentinien verfügt, sind ein besonderer Anziehungspunkt für Touristen, die gelegentlich aus diesem Grund länger an einem Ort verbleiben. Argentinien verfügt über insgesamt 275 Golfplätze, gegen nur 240 im Jahr 04, wobei weitere 15 gegenwärtig eingerichtet werden. In Kolumbien sind es nur 70 und in Brasilien 50. In der Umgebung der Stadt Mendoza befinden sich 4 Golfplätze, und bei San Rafael weitere 2, von denen einer von 9 auf 18 Löcher erweitert wird. Salta verfügt über 3 Plätze, und wird in Kürze zwei weitere in der Nähe von Cafayate haben. In Iguazu wird gegenwärtig ein Golfplatz mit 18 Löchern eingerichtet. Am meisten Plätze hat Gross Buenos Aires, mit insgesamt 80, gefolgt von Córdoba mit 23 und 4 weiteren, die noch nicht fertig sind. Die Kosten für einen Golfplatz werden auf u\$ 2,5 Mio. geschätzt. Der Preis für die Spielerlaubnis schwankt zwischen u\$ 40 und u\$ 120 pro Tag.

Die brasilianische Marfrig, die Schlachthäuser betreibt, hat letzte Woche den Kauf des lokalen Schlachthaus Estancias del Sur für u\$ 25 bis u\$ 30 Mio. abgeschlossen. Das Unternehmen hat eine Belegschaft von 550 Personen und eine Kapazität für 12.000 Rinder im Monat.

Präsident Kirchner wies Kritiken von Wirtschaftlern zurück, die Angst machen wollen und in die Falle geraten, zu behaupten, dass man langsamer wachsen müsse. Er betonte, dass Argentinien, als es seinen Wirtschaftsrhythmus abkühlen wollte, in die phänomenale Krise von 2001 verfiel, eine der schlimmsten die das Land je durchmachte.

Die Arbeitslosigkeit betrug im September 7,7%, wie Präsident Kirchner, der sich auf Ermittlungen des Statistikamtes Indec berief, mitteilte. Im Juli habe sie 7,8% betragen. Im 3. Quartal 07 würde sie 8% bis 8,2% betragen, gegen 8,5% im 2. Quartal, das die niedrigste Arbeitslosenquote der letzten 15 Jahre hatte.

Zum ersten Mal in Jahrzehnten hatte die Kraftstoffbilanz im Aussehenhandel im August ein negatives Ergebnis. Um U\$ 96 Mio. wurde Argentinien wieder Kraftstoffimporteur. In den vergangenen 12 Monaten haben die Importe von Erdöl und Erdölpro-

dukten zum ersten Mal die U\$ 4,0 Mrd. Grenze überschritten. Das Schwergewicht der Einfuhrzunahmen ist auf die Mengen, nicht auf die Preise, zurückzuführen. Das ist mit den Ausfuhren gegenläufig, die bei gleichen Mengen nur durch Preiserhöhungen zunehmen. Seit der Talsohle der Krise 2002, haben die importierten Kraftstoffmengen um 330% zugenommen. In den letzten 12 Monaten betragen sie U\$ 2,49 Mrd.

Planungsminister De Vido wies die Nachrichten über Dieselölknappheiten und Preiserhöhungen desselben im Landesinneren zurück. Er werde durchsetzen, dass für die Ernten genügend Dieselöl und an der Atlantikküste genügend Strom verfügbar sein werden. Landwirtschaftsverbände hatten in den letzten Tagen erklärt, dass sie mit bedeutenden Versorgungsschwierigkeiten rechnen, wenn die Grobernte nach den schweren Regenfällen einsetzen wird.

5 Monate nach Bekanntwerden des Kaufes von Telefónica de España von 23,6% der Beteiligung an Telecom Italia, dem Hauptanteilseigner der Telecom Argentina, deren Minderheitsaktionär die argentinische Wertheingruppe ist, wird Planungsminister De Vido 2 Ermittler für das Unternehmen ernennen, um die Wirkung der Beteiligung auf das Argentiniengeschäft festzustellen. Die Ermittler werden durch 2 Monate arbeiten und die Ergebnisse der Konkurrenzschutzkommission (Comisión Nacional de Defensa de la Competencia) und der Fernverbindungskommission (Comisión Nacional de Comunicaciones) mitteilen. Sollte festgestellt werden, dass die Konkurrenz der beiden Betreiber in Argentinien beeinträchtigt wird, werde die Regierung entsprechende Massnahmen treffen.

Die argentinische VW-Niederlassung kann vorübergehend gebührenfrei Teile für den Lieferwagen einführen, den sie hier 08 fertigen wird. VW wurde durch Beschluss 71 der Zolldirektion in das mittels Dekret 688/02 geschaffene Zollregister eingetragen. Für diese Begünstigung muss das Unternehmen eine jährliche Garantie von \$ 273 Mio. stellen. Die mit der Begünstigung eingeführten Teile dürfen ausschliesslich in Exportwagen eingesetzt werden.

Die Firma Ingentis hat von den argentinischen Niederlassungen der GE Packaged Power Inc. und der General Electric International Inc. zwei Erdgas-Stromgeneratoren von je 102,3 MW für das in Dolavon, Provinz Chubut, zu bauende E-Werk gekauft. Für die erste Etappe werde die Investition, einschliesslich der Generatoren, U\$ 115 Mio. betragen. Diese werden hier im letzten Quartal 08 erwartet. 6 Monate später würden sie für den einfachen, nicht kombinierten Generatorvorgang betriebsbereit sein. Ingentis gehört zu 61%, zu gleichen Teilen, Emgasud und Pampa

Eine fragwürdige Zinsenkung und Kreditausweitung

Mit sanftem Druck der Regierung haben sich die Banken im Prinzip bereit erklärt, die Zinsen für Konsumkredite auf 12% und für Unternehmenskredite auf 9% zu senken. Bei Konsumkrediten auf 12 Monate, die über Kreditkarten gewährt werden, soll überhaupt kein Zins berechnet werden. In diesem Fall sollen die Kreditkartenunternehmen oder die Banken mit der saftigen Provision auskommen, die sie ohnehin berechnen, wobei sie eventuell von den Geschäften bei Ratenzahlung eine höhere Provision fordern. Ohnehin führen die Provisionen dazu, dass die Geschäfte bei Barzahlung ohne Karte einen niedrigeren Preis fordern, obwohl dies verboten ist. Bei persönlichen Krediten gilt eine Höchstgrenze von \$ 5.000 und bei Unternehmenskrediten von \$ 75.000.

Gleichzeitig wird die Kreditkapazität der Banken ausgeweitet, indem die ZB von den Eigenwechsel (Lebac und Nobac), die letzten Woche in Höhe von \$ 1,3 Mrd. verfielen, nur etwa die Hälfte durch Ausgabe neuer Wechsel ersetzt. Ausserdem soll die Frist für aktive Swap-Geschäfte der ZB von 30 auf 60 Tage erhöht werden, wobei der Zinssatz von 10,25% auf 9,25% gesenkt wird. Die ZB wird den für Swap-Geschäfte verfügbaren täglich Betrag von \$ 2 auf \$ 3 Mrd. erhöhen.

Schliesslich sollen die liquiden Banken, vornehmlich ausländische, überzeugt werden, ihr Kreditportefeuille zu erhöhen. Die Banken beobachten jedoch, dass die Fristdepositen in letzter Zeit kaum zunehmen und die Sparer stärker auf den Kauf von Dollar- oder Eurobanknoten übergehen, was mit den gestiegenen Inflationsraten und einer in Argentinien verständlichen Inflationshysterie zusammenhängt. Die Finanzwelt weiss aus der Erfahrung von 2001, dass es jederzeit zu einer massiven Abhebung von Depositen kommen kann, wobei die Banken für diese Möglichkeit vorbereitet sein müssen, einmal mit höherer Liquidität, dann mit mehr kurzfristigen Krediten, sei es für Konsum, für Aussenhandelsgeschäfte oder für andere Zwecke, wobei es wichtig ist, dass die Rückzahlung einigermaßen automatisch erfolgt, so dass die Banken dann kurzfristig über Mittel verfügen, mit denen sie verängstigte Sparer auszahlen können. Bei Auslandsbanken tragen gelegentlich die Mutterhäuser das Geld bei, da ihnen ihr guter Ruf viel wert ist.

Die Massnahmen der Regierung dürften eine beschränkte Wirkung haben, schaffen jedoch auf alle Fälle bei der bestehenden Hochkonjunktur eine gewisse zusätzliche Nachfrage. Präsident Kirchner will, dass die Wirtschaft mit Volldampf zu den Wahlen gelangt, um den Sieg seiner Gattin Cristina zu sichern. Was nach dem 28. Oktober, und noch mehr nach dem 10. Dezember geschieht, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. Ohnehin fällt es der ZB schwer, die Richtlinien der monetären Expansion einzuhalten; jetzt wird dies noch

schwieriger sein. Entweder die monetäre Politik steuert auf Stabilisierung oder auf Expansion der wirtschaftlichen Tätigkeit. Beides zusammen geht nicht.

Die neuen Bestimmungen sollen auch der Tendenz der Zinserhöhung entgegenwirken. Die Banken zahlen mehr für Depositen, um die Sparer zu interessieren, ihre Depositen nicht abzuheben. Das zwingt sie, auch höhere Zinsen für Kredite zu fordern, worüber sich die Unternehmer allgemein beklagt haben, besonders die des Industrieverbandes „Unión Industrial Argentina“, die direkten Zugang zu Wirtschaftsminister Peirano haben, der früher ihr Mitarbeiter war. Allein, in der Regel waren die Zinsen schon viel höher, als hier als Ausgangspunkt angenommen wurde, nämlich bei persönlichen Krediten und solchen über Kreditkarten auf alle Fälle über 20%, und gelegentlich auch über 30% und 40%.

Bei Konsumkrediten muss die ZB aufpassen, dass es sich nicht um sogenannte direkte Zinsen handelt, also Zinsen, die auf den gesamten Kredit berechnet werden, obwohl dieser monatlich amortisiert wird, womit der Zinssatz, berechnet auf Saldi, sich fast verdoppelt. Cavallo hat seinerzeit verfügt, dass in allen Fällen dem Kreditnehmer der Zinssatz auf Saldi mitgeteilt werden muss; das scheint jedoch weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein. Die Käufer, bei denen es sich um relative kleine Beträge handelt, merken meistens den Betrug nicht.

Der gesamte Bankkredit ist real sehr gering und beträgt etwa 11% des BIP, womit er unter der Hälfte der Konvertibilitätsperiode liegt und weit unter vergleichbaren Ländern, wie etwa Brasilien, Chile und Mexiko. Die Krediterweiterung, sofern es sich um eine reale handelt, also über die Inflation hinaus, könnte diesen Koeffizienten um einen Punkt erweitern, was den Kohl nicht fett macht. Bei der Senkung der Zinssätze handelt es sich um neue Kredite, so dass sich dies nur langsam auswirkt, im Ausmass, in dem bestehende Kredite amortisiert werden. Die Banken wurden angewiesen, bei den Krediten kleine und mittlere Unternehmen zu bevorzugen, indem Quoten pro Kunde eingeführt werden. Wie das ganze System schliesslich funktioniert, wird sich noch zeigen.

Am Platz wird angenommen, dass diese Massnahmen versanden, wie es bei den Krediten für Mieter der Fall war, die damit eine Wohnung kaufen sollten, wobei die monatliche Rate (Amortisation plus Zinssatz) etwa der Miete entsprechen sollte. Die Zahl der effektiv gewährten Kredite war minimal; denn erstens hatten die Banken wenig Interesse an diesem Geschäft, zweitens hatten sie nicht so viel Geld, und drittens konnten die meisten Mieter den Barbetrag und die Garantien nicht aufbringen, die gefordert wurden, damit die Rechnung mit der Quote aufging und die Hypothek gesichert war.

Holding, und zu 39% der Provinz Chubut. Die Gesamtinvestition werden über US\$ 400 Mio. betragen.

Die Kfz Arbeitergewerkschaft Smata ist mit den wichtigsten Kfz Fabriken überein gekommen, dass diese den Arbeitnehmern zu Jahresende eine Sonderzulage bezahlen, um ihren Kaufkraftverlust auszugleichen. Smata will, dass diese Zulage auch den Arbeitnehmern der Konzessionäre, Zulieferanten und Werkstätten zukomme. Die Anfang September begonnenen Verhandlungen darüber laufen noch.

Die Patagonia Bank hat die Unterbringung der Finanztreuhand CMR Falabella IX erfolgreich abgeschlossen. Für die Auflagen von \$ 60 Mio. wurden Angebote von \$ 79,95 Mio. entgegen genommen. Der Schnittsatz betrug 17,89% auf 4,35 Monate.

Der Beschluss 641/07 des Sozial-

werkes Anses (Amtsblatt vom 15.10.07) verfügt, dass Arbeitgeber die Bestätigungen ihrer Sozialversicherungsbeiträge, die von Arbeitnehmern gefordert werden, von der Website des Anses oder der AFIP abnehmen müssen. Das betrifft über 500.000 eingetragene Unternehmen. Die Informatiksysteme dieser Ämter stellen die Bestätigungen aufgrund der eingegangenen eidesstattlichen Erklärungen der Unternehmer aus. Sollte es beitragslose Zeiträume geben, muss der Arbeitgeber eine eidesstattliche Erklärung abgeben und eventuelle Nachzahlungen leisten.

Weit entfernt von der versöhnlichen Haltung des US-Aussenamtes hat das US-Schatzamt erklärt, dass Argentinien mit dem IWF ein Programm vereinbaren muss, falls es nachher mit dem Klub von Paris umschulden will. Der argentinische Wirtschaftsminister Peirano, Funktionäre des Schatzamtes und ZB Präsident Redrado suchten bei den jährli-

chen IWF- und Weltbanktreffen die Möglichkeiten Argentinien für die Umschuldung zu erfahren. Ihr Ziel ist, den IWF zu vermeiden oder sein Gewicht so gering wie möglich zu machen.

WalMart wird die 3 erworbenen Lokale von Auchan im November schliessen, um sie nach Umbauten im Dezember wieder, unter der eigenen Marke, zu eröffnen. Für die 3 Lokale, die die französische Firma in Avellaneda, Quilmes und La Tablada errichtete und die sie vor 4 Jahren der spanischen San José verkaufte, wurden US\$ 18 Mio. bezahlt.

Der IWF erwartet für Argentinien 08 ein sehr gutes Wirtschaftswachstum, wenn auch bedeutend geringer als 07, eine Inflation, die mit allen möglichen Mitteln bekämpft werden muss, einschliesslich durch Mässigung der Staatsausgaben, grössere Kursflexibilität und, im Gegensatz zu den Regierungs-

massnahmen, höheren Zinssätzen. Der Bericht über die weltweiten Wirtschaftsaussichten sieht für Argentinien ein Wirtschaftswachstum von 7,5% in diesem Jahr vor, 5,5% im kommenden, für das der argentinische Haushaltsplan 4% vorsieht, eine Teuerung von 9,5% 2007 und 13% 2008 und eine Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses von 0,9% auf 0,4%.

Angesichts der starken Preisnahmen der Kartoffel hat die Regierung die rasche Einfuhr verfügt. Das würde die Preise drücken, wenn notwendig durch Subventionierung der Importkartoffeln. Kartoffeln wurden im Oktober um 20% billiger, jedoch ausschliesslich dank der Lieferungen aus Tucumán. Kartoffeln aus Kanada und Brasilien werden wesentlich teurer verkauft.

Das Statistische Amt (INDEC) hat für August eine Zunahme des EMAE-Index von 9,5% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und

von 1,5% gegenüber Juli 07 bekanntgegeben. In 8 Monaten 07 beträgt die Zunahme im Vergleich zur gleichen Vorjahresperiode 8,5%. Er EMAE-Index ist eine Schätzung des BIP auf Grund kurzfristig vorhandener Daten, wobei dieser Index erfahrungsgemäss nicht stark vom BIP abweicht.

Die Börsen von Rosario und der Stadt Santa Fé, der Industrieverband der Provinz Santa Fé (Fisfe) und Eurofidi Consorcio de Garantía Fidi, haben eine Gesellschaft für gegenseitige Kreditversicherungen (Sociedad de Garantía Recíproca, SGR) gebildet, um kleinen und mittleren Unternehmen der Provinz den Zugang zum Kredit zu erleichtern und ihnen auch zu ermöglichen, Eigenwechsel und Wechsel von Dritten auf dem Markt der Börse von Buenos Aires unterzubringen. Dieser vor einigen Jahren geschaffene Markt hat den SGR-Gesellschaften grossen Auftrieb verliehen, da die Unternehmen an der Börse Kredite zu niedrigeren Zinsen als bei Banken erhalten, wobei auch die Passivzinsen höher sind, da die hohe Bankmarge („spread“) entfällt, die durch we-

sentlich niedrigere Provisionen ersetzt wird.

Die ZB hat letzte Woche die Öffnung von 57 neuen Bankagenturen genehmigt. In den letzten zwei Jahren wurden 231 Agenturen zugelassen. Die Banken bemühen sich darum, näher der Kunden zu sein.

Das Wirtschaftsministerium hat bestimmt, dass die Rentenkassen (AFJP) den Betrag, den sie in Mercosur-Staaten anlegen dürfen, von gegenwärtig fast 11% bis Jahresende auf 8% verringern müssen. Zum 1.5.08 dürfen es dann nur 6% sein, zum 1.9.08 4% und zum 1.1.09 2%. Das angesammelte Sparkapital, das die AFJP verwalten, beträgt \$ 91,5 Mrd. Somit müssen noch in diesem Jahr etwa \$ 2,5 Mrd. zurückgebracht werden. Dies hat sich am Donnerstag, als die Massnahme bekannt wurde, sofort auf die lokale Börse ausgewirkt: der Merval-Index war zunächst um 0,64% gefallen, stieg jedoch dann um 1,34% gegenüber Mittwoch. Ausserdem nahm der Aktienumsatz gegenüber dem Vortag um \$ 48 Mio. zu

Die Aufsichtsbehörde der Rentenkassen (Superintendencia de AFJP) hat verfügt, dass bis zum 31.10.07 1% der Fonds, den diese Kassen verwalten, zur Finanzierung produktiver Projekte investiert werden muss. Alle 12 Monate kommt dann ein weiteres Prozent hinzu, so dass es Ende Oktober 2012 5% sein müssen. Die Verwalter der Kassen weisen darauf hin, dass es bisher keine geeigneten Instrumente für diese Finanzierung gab, wobei sie auf das Verbot der Indexierung und die Gefahr einer Verwässerung hinweisen.

Das Verwaltungsgericht für steuerliche Angelegenheiten („Tribunal Fiscal de la Nación“) hat einen Zollabfertiger („despachante de aduana“) solidarisch mit einer aufgedeckten Unterfakturierung eines Importeurs erklärt und ist entsprechend gegen ihn vorgegangen. Diese Solidarität steht im Zollgesetzbuch, das im Januar 1981 verabschiedet wurde, wurde jedoch bisher von der Justiz nicht angewendet. Jetzt hat das Gericht bestimmt, dass bei einer bedeutenden Dif-

ferenz zwischen den angegebenen und den wirklichen Preisen auch der Zollabfertiger verantwortlich ist, obwohl er nur einen Dienst für den Importeur leistet.

Der Konsumentenschutzverband Adelfco hat für die letzten drei Wochen Preiszunahmen bei führenden Marken von durchschnittlich 4,6% bei einem Warenkorb ermittelt, den Adelfco seit 15 Jahren kontrolliert. Bei billigeren Produkten, meistens ohne eine bekannte Marke, betrug die Zunahme 2,9%.

AFIP-Direktor A. Abad gab bekannt, dass die Berechnung der Exportzölle auf den Preis zum Zeitpunkt der Verschiffung, statt zum Zeitpunkt des Abschlusses des Exportgeschäftes, wie es bis vor kurzem der Fall war, die Einnahmen um etwa \$ 4 Mrd. erhöht hat. Dies ist eine Folge der Hausse von Getreide und Ölsaaten.

Der Preis pro Kilogramm Lebeweight für Ochsen ist in einem Monat auf dem Markt von Liniers um 10% gestiegen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Ein Sozialpakt für Wirtschaftswachstum ohne Inflation

Die Kirchners, sowohl Präsident Néstor wie Kandidatin Cristina, sträuben sich dagegen, dass die Inflation mit Rezession bekämpft wird, wie es angeblich orthodoxe Wirtschaftler befürworten, die beiläufig von ihnen für alles Übel auf Erden, und besonders in Argentinien, verantwortlich gemacht werden. Sie widersetzen sich sogar einer Dämpfung der Konjunktur zu diesem Zweck. Das klingt sehr schön: indessen hat die Inflation eine immanent steigende Tendenz, und führt über kurz oder lang zu einer Rezession, sei es, weil sie den Wirtschaftsablauf zunehmend stört, oder weil sie Kapitalflucht bewirkt, mit Illiquidität und Zahlungsbilanzproblemen in Folge, oder weil sie von Streiks und sozialer Aufruhr begleitet wird, die paralyisierend und beängstigend wirken, oder weil sie mit einer monetären Politik bekämpft wird, die direkt rezessiv wirkt. Kommt es zu einer echten Rezession, nimmt der Gewerkschaftsdruck ab, weil dann die Erhaltung des Arbeitsplatzes absolute Priorität vor der Lohnerhöhung einnimmt. Und Unternehmer u.a. Gesellschaftsgruppen haben dann auch weniger Möglichkeiten, Preise zu erhöhen, weil die Konkurrenz dabei schärfer wird.

Niemand will eine Rezession. Die Wirtschaftler, die die Kirchners kritisieren, weisen darauf hin, dass sie unvermeidlich sein wird, wenn die Inflation ausufert, und dass der Inflationsdruck bei mässigeren Wachstumsraten abnimmt, so dass sich dann das Wachstum langfristig halten lässt. Die Alternative gegenüber einer orthodoxen Bekämpfung der Inflation, also vornehmlich mit einer restriktiven monetären Politik, ist eine Einkommenspolitik, bei der direkt auf die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen eingewirkt wird, damit sie mit ihrem Druck nachlassen.

Präsident Kirchner und seine Gattin Cristina wollen dies in einen Sozialpakt kleiden, den sie auch als Konzertation bezeichnen. Die Regierung soll sich dabei in einem Abkommen mit Gewerkschaftern und Unternehmensvertretern über Löhne, Preise und Investitionen für angeblich drei Jahre einigen. Die Investitionen haben wenig mit dem Thema zu tun, um das es dabei geht, nämlich die Eindämmung der Inflation; aber sie schmücken ein Abkommen, wobei Frau Cristina sich den Gedanken zu eigen gemacht hat, dass durch Investitionen ein höheres Warenangebot herbeigeführt wird, das die Preise drückt. Das ist ein naiver Gedanke, der auch von Unternehmern geäussert wird, jedoch politisch gut klingt. Investitionen sind für das Wachstum unerlässlich,

wirken sich jedoch erst mittel- und langfristig aus, und haben mit einer Stabilisierungspolitik nichts zu tun.

Grundlagen der Einkommenspolitik

Die Einkommenspolitik hat grundsätzlich vier Grundlagen:

1. Eindämmung der Lohnerhöhungen, so dass diese im Einvernehmen mit der Zunahme von Produktivität und Effizienz erhöht werden. Dies kann im Einverständnis mit den Gewerkschaften, im Rahmen einer Konzertation geschehen, oder durch Regierungsdiktat, oder durch eine Mischung beider Alternativen, also einer Konzertation mit harter Regierungshand. Bei unseren Gewerkschaftern läuft die Lohnpolitik schliesslich auf eine politische Entscheidung der Regierung hinaus, die für diese nicht einfach ist, viel Geschicklichkeit und Härte erfordert und politische Kosten für die Regierenden mit sich bringt. Dieses Jahr hat die Regierung eine Richtlinie für Lohnerhöhungen von 16,5% aufgestellt, doch die effektiven Zulagen waren schliesslich um durchschnittlich etwa 10 Punkte höher. Die führenden Gewerkschaftler haben für 2008 schon Lohnerhöhungen von 20% bis 30%, mit Indexierungsklausel, in Aussicht gestellt. Eine einstellige Inflation, die keine Stabilisierung ist, wäre jedoch nur mit 10% vereinbar. Das Konzept der Konzertation beruht darin, dass die Lohnproblematik mit den anderen Aspekten der Einkommenspolitik verbunden wird und in ein Abkommen gekleidet wird, bei dem Löhne nur ein Teil des Ganzen sind.

2. Steuerung der landwirtschaftlichen Preise durch Exportzölle u.a. Massnahmen. Argentinien exportiert zum grossen Teil die gleichen Produkte, die beim Volkskonsum eine massgebliche Rolle spielen. Man kann die Löhne nur eindämmen, wenn die Preise der wesentlichen Lebensmittel nicht davonspringen.

3. Öffnung der Wirtschaft und vernünftige Wechselkurspolitik, so dass die lokale Industrie ihre Kosten hüten muss, um konkurrenzfähig zu sein, was sich sowohl auf Importe, wie auf Exporte lokaler Industrieprodukte bezieht. In einer geschlossenen Wirtschaft, wie sie faktisch bis zur Konvertibilität bestand, scheitert eine Einkommenspolitik an der Nachgiebigkeit der Unternehmer. In einer offenen Wirtschaft können sich diese diesen Luxus nicht leisten. Die Öffnung der Wirtschaft ist heute viel grösser als unter der Konvertibilität, wobei der Mercosur und die Freihandelsabkommen mit Chile, Bolivien und Mexiko auch dazu beigetragen haben. In 12 Monaten zum 30. Juni 2007

lag der Koeffizient von Importen plus Exporten bezogen auf das BIP bei 43%, gegen nur 21% von 1993 bis 2002. In einer völlig offenen Wirtschaft wird die Einkommenspolitik, wie wir sie hier beschrieben haben, weitgehend hinfällig. Es wäre jedoch wirklichkeitsfremd, anzunehmen, dass dies möglich ist.

4. Die Preispolitik gehört auch zu diesem Schema. Im Wesen muss hier die Gesetzgebung zum Schutz der Konkurrenz und des Konsumenten angewendet werden, die seit 1980 besteht und in den 90er Jahren ausgebaut wurde. Das funktioniert recht gut. Ohnehin hat sich die Konkurrenz bei Lebensmitteln u.a. Produkten, die in Haushalten verbraucht werden, durch das Auftreten der Supermärkte in den letzten zwei Jahrzehnten sehr verschärft. Bei öffentlichen Diensten mit Monopolcharakter werden die Preise auf der ganzen Welt von der Regierung festgesetzt; hier fehlt jedoch ein Regelwerk, damit dies nicht von der Willkür der Regierenden abhängt, wie es gegenwärtig der Fall ist. Was die allgemeine Festsetzung von Preisen durch die Regierung betrifft, so hat dies eine beschränkte Wirkung und lässt sich nur kurzfristig durchhalten, wie es die jüngste Erfahrung erneut gezeigt hat. Höchstpreise werden entweder umgangen oder einfach nicht eingehalten; sie sind in einer modernen Wirtschaft ein Anachronismus. Dennoch sind gelegentlich Preiseinfrierungen, oder Verpflichtungen der Unternehmer in diesem Sinn im Rahmen einer Lohnbegrenzung notwendig, die sich sonst nicht durchsetzen lässt. Ein Gewerkschafter kann beim besten Willen nur dann seine Forderungen begrenzen, wenn die Unternehmer gleichzeitig auf Preiserhöhungen verzichten und die Regierung sich auch sonst um die Preisproblematik aktiv kümmert. Das gehört zum Konzept der Konzertation.

Gewiss muss eine Einkommenspolitik von einer Fiskalpolitik mit Überschuss und einer leicht restriktiven Geldpolitik begleitet sein. Sonst platzt das ganze Schema. Dieser Teil des Problems ist jedoch vorerst einigermaßen gelöst, und man muss nur dafür sorgen, dass dies beibehalten wird.

Die Einkommenspolitik hängt auch mit der Problematik der Einkommensverteilung und der Sozialpolitik zusammen, und betrifft somit auch die Staatsfinanzen: einmal werden über das Steuersystem Einkommen umverteilt, und dann findet auch über die Ausgaben eine viel bedeutendere Umverteilung statt, besonders durch öffentliche Schulen und Hospitäler, die vorwiegend von den minderbemittelten Bevölkerungsschichten beansprucht werden. Ebenfalls hängt auch das Einkommen der bestehenden Rentner vom Staat ab, der hier auch umverteilt, einmal zwischen der aktiven und der passiven Bevölkerung, und dann unter dieser. Schliesslich sind die Subventionen, sowohl für öffentliche Dienste, wie für die Verbilligung von Lebensmitteln, und auch direkte Subventionen, eine Komponente der Einkommenspolitik. Hier muss aufgepasst werden, dass die Subventionen nicht ausufern und unbezahlbar und/oder unkontrollierbar werden. Um Platz für die auf alle Fälle unmittelbar zunehmenden Aufwendungen für Pensionen und Hinterbliebenenrenten und auch für die sozialen Subventionen zu haben, die zur Einkommenspolitik gehören, muss der Staat weniger Geld vergeuden, sei es in Staatsunternehmen, in übertriebenen Beamtenstäben, in unnötigen oder nicht prioritären Investitionen oder in unnötigen Ausgaben. Das wird gegenwärtig nicht begriffen und gefährdet die Zukunft.

Das politische Problem

Frau Cristina scheint sich nicht ganz im Klaren zu sein, was ein Sozialabkommen, wie sie es sich vorstellt, alles bedeutet. Ob ein gut ausgebildeter und erfahrener Wirtschaftler sie über diese Dinge belehrt, und wer es sein könnte, weiss man nicht. Sie ist auf alle Fälle durch diese Problematik überfordert, die auch für gute Fachwirtschaftler alles andere als einfach ist. Sie stellt sich offensichtlich vor, dass sie auf diese Weise erreichen kann, dass die Konsumentenpreise einstellig, eventuell unter 5% jährlich, zunehmen. Unter diesen Umständen sollte eine Rezession vermieden werden können, nachdem die internationalen Umstände weiter günstig sind, die Wirkung der technologischen Revolution andauert und die üppigen Regenfälle der letzten Wochen

zunächst auf eine gute Ernte hindeuten, wobei Fachleute schon 100 Mio. t anvisieren.

Die argentinischen und auch die weltweiten Erfahrungen mit Konzertation und Einkommenspolitik zeigen, wie schwierig dies ist. Die Kirchner-Regierung hat schon sehr viel Einkommenspolitik betrieben, aber mit viel Improvisation, ohne ein Gesamtkonzept, das der Gesellschaft klar sein muss, mit grossen technischen Mängeln, mit vielen Widersprüchen und ohne klare Spielregeln. Das soll unter Frau Cristina angeblich anders werden.

Oft wird auf das Beispiel von Spanien mit dem Pakt von La Moncloa hingewiesen, der nach der langen Franco-Epoche im Jahr 1976 inmitten einer Wirtschaftskrise abgeschlossen wurde, die in einem abnehmenden BIP, in zunehmender Inflation und Arbeitslosigkeit und einem hohen Handelsbilanzdefizit zum Ausdruck kam. Allein, es hat sich dabei nicht um eine Konzertierung zwischen den Sozialpartnern gehandelt, sondern um eine Einigung der Spitzenpolitiker über eine Staatspolitik in grundsätzlichen Fragen, was der Regierung (damals von Suarez) den politischen Rückhalt gab, um dem ausufernden Gewerkschaftsdruck zu begegnen und damit auch den schon eingeschlagenen Weg der beschleunigten Inflation abubrechen. Die Preise stiegen damals um etwa 45% jährlich, wobei für das nächste Jahr eine Begrenzung der Lohnerhöhungen auf maximal 22%, festgesetzt wurde, die angeblich die zukünftige Inflation ausgleichen sollte. Aber per Saldo stellte dies eine Verringerung des Reallohnes dar, weil die vergangene Inflation nur zur Hälfte aufgeholt wurde. Die Gewerkschaftsführer protestierten, beugten sich jedoch dem Regierungsdiktat. Das Gespenst des einige Jahre vorher verstorbenen Diktators Francisco Franco wirkte dabei auf die Politiker, die sich der Tatsache bewusst waren, dass sie es besser als Franco machen müssten, um auch den Geist von Franco zu begraben. Von den lokalen Spitzenpolitikern kann man gegenwärtig, besonders in einer Periode der Hochkonjunktur, kaum eine Haltung dieser Art erwarten, die bestenfalls beim Bestehen der zwei grossen Parteien, des Justizialismus und des Radikalismus möglich wäre. Bei der Zersplitterung, die jetzt besteht, kann die Regierung nur mit ihren eigenen Anhängern rechnen.

Nebenbei bemerkt: sollte ein anderer Kandidat die Wahl gewinnen (Elisa Carrió, Roberto Lavagna, Alberto Rodriguez Saa oder Ricardo Lopez Murphy), müsste dieser auch eine Einkommenspolitik durchführen, die im Prinzip nicht stark von der oben beschriebenen abweichen würde. Gewiss: es gibt wichtige Nuancen und Akzente, die einen Unterschied ausmachen. Aber das Grundproblem der Beschränkung der Gewerkschaftsmacht besteht für alle. Dabei würden die Parlamentarier dann umgekehrt Stellung beziehen, also diejenigen, die bei Frau Cristina mitmachen, würden voraussichtlich opponieren und umgekehrt. Das sind eben die Spielregeln unserer kleinlichen Politik.

Abkühlung der Konjunktur oder Rezession

Nach einer Periode von fünfzehn Jahren mit so hohen Wachstumsraten, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, sollte eine Dämpfung der Konjunktur eintreten. Indessen spricht das regierende Ehepaar von einer Beibehaltung der hohen Wachstumsraten, obwohl dies faktisch kaum möglich ist. Ein Andauern dieser „chinesischen“ Wachstumsraten würde derartige Einkommensspannungen herbeiführen, dass dadurch eine Einkommenspolitik noch viel schwieriger werden würde, als sie ohnehin schon ist. In China wird dieser Fall durch eine harte Diktatur gelöst, die keinen Einkommenskampf zulässt, und auch durch eine hohe verkappte Arbeitslosigkeit (mit Beschäftigungen von extrem niedriger Produktivität und sehr geringen Löhnen), so dass ein starker Druck auf den Arbeitsmarkt besteht. Aber in Argentinien ist die Lage wirtschaftlich und politisch grundsätzlich anders.

Gewiss: es braucht 2008 keine Rezession zu geben; aber um eine Verringerung der Wachstumsrate dürfte Argentinien und wahrscheinlich auch die Welt im allgemeinen kaum umhin kommen. Doch wenn die Einkommenspolitik nicht gelingt, die an sich schwierig und mit den lokalen Gewerkschaftern es noch mehr ist, wird die verabscheute Rezession schliesslich doch kommen.